

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl
Bundesministerin für Digitalisierung und
Wirtschaftsstandort

Präsident des Bundesrates
Karl Bader
Parlament
1017 Wien

buer.o.udolf-strobl@bmdw.gv.at
Stubenring 1, 1010 Wien

Geschäftszahl: BMDW-10.102/0005-Präs/4a/2019

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3683/J-BR/2019

In Beantwortung der schriftlichen parlamentarischen Anfrage Nr. 3683/J-BR betreffend "Evaluierung der DSGVO und der Stellungnahmen des Bundes", welche die Abgeordneten Korinna Schumann, Kolleginnen und Kollegen am 26. Juli 2019 an mich richteten, stelle ich fest:

Antwort zu den Punkten 1 bis 9 der Anfrage:

1. *Welche strategischen Überlegungen zur DSGVO und zum Schutz personenbezogener Daten vertritt das Ressort in Ihrer Stellungnahme?
Sollen datenschutzrechtlichen Grundprinzipien in Frage gestellt werden?
Wenn ja, welche?*
2. *Wird in der Stellungnahme des Ressorts für die volle Übernahme der DSGVO Standards in der zukünftigen e-privacy-Verordnung eingetreten?
Wenn nein, warum nicht?*
3. *Wann wird die Stellungnahme fertig gestellt und abgeschickt werden?
Welche Sektion/Abteilung ist dafür verantwortlich?*
4. *Welche Regelungsbereiche der DSGVO werden vom Ressort als problematisch angesehen und in der Stellungnahme angesprochen werden?*
5. *Welche Probleme haben sich aus Sicht des Ressorts bei der praktischen Anwendung der DSGVO bei datenverarbeitenden Unternehmen und Vereinen ergeben?*
6. *Soll durch eine Anpassung der DSGVO die Anwendung derselben für gemeinnützige Vereine und Organisationen erleichtert - im Sinne von Entbürokratisierung - werden?*
7. *Werden Sie in Ihrer Stellungnahme dafür eintreten, dass im Sinne der Rechtssicherheit alle Entscheidungen der 27 nationalen Datenschutzbehörden und der nationalen Gerichte zeitnah veröffentlicht werden und allen Interessierten zugänglich gemacht werden müssen?*
8. *Wer vertritt ihr Ressort/Bundesregierung in Brüssel bei dieser Evaluierung?*

9. *Werden sie als Ressortverantwortlicher/e vor der Erstellung der Ressortstellungnahme den österreichischen Datenschutzrat (DSR), dem nach dem DSG die Aufgabe zukommt, die Bundesregierung zu beraten, beiziehen? Oder werden sie den DSR auffordern, eine Stellungnahme für das Ressort zu erarbeiten?*

Hinsichtlich des anfragegegenständlichen, im Mai 2020 vorzulegenden Berichts der Europäischen Kommission an das Europäische Parlament und den Rat liegt meinem Ressort weder ein Ersuchen um Stellungnahme oder Berichterstattung vor, noch wurden hinsichtlich dieses Berichts Veranlassungen getroffen. Selbstverständlich werden aber die Erfahrungen mit der Umsetzung der DSGVO im Ressort laufend evaluiert.

Im Übrigen ist auf die Beantwortung der parlamentarischen Anfrage Nr. 3690/J-BR durch den federführend zuständigen Herrn Bundesminister für Verfassung, Reformen, Deregulierung und Justiz zu verweisen.

Wien, am 4. September 2019

Mag. Elisabeth Udolf-Strobl

Elektronisch gefertigt

